

Schwarzer Donnerstag

Inwiefern die Fürsten ihr Wort halten sollen

Wie löblich es ist, wenn ein Fürst sein Wort hält und rechtschaffen und ohne List verfährt, weiß jeder. Trotzdem zeigt die Erfahrung unserer Tage, daß die Fürsten, die sich aus Treu und Glauben wenig gemacht und die Gemüter der Menschen mit List zu betören verstanden haben, Großes geleistet und schließlich diejenigen, welche redlich handelten, überragt haben.

Von der Grausamkeit und der Milde und ob es besser sei, geliebt als gefürchtet zu werden

Hieraus entsteht eine Streitfrage, ob es besser sei, geliebt oder gefürchtet zu werden? Die Antwort lautet, man soll nach beidem trachten; da aber beides schwer zu vereinen ist, so ist es weit sicherer, gefürchtet als geliebt zu werden, sobald nur eins von beiden mög-

lich ist. [...] Nichtsdestoweniger muß der Fürst sich derart gefürchtet machen, daß er, wenn er auch keine Liebe erwirbt, doch auch nicht verhaßt wird; denn gefürchtet und nicht gehaßt zu werden, ist wohl vereinbar. Das kann er erreichen, indem er Hab und Gut seiner Bürger und ihre Frauen unangetastet läßt. Und wenn es nötig ist, einem das Leben zu nehmen, so geschehe es nur, wenn die gerechte Ursache offenbar ist. Vor allem aber vergreife er sich nicht an der Habe seiner Untertanen, denn die Menschen verschmerzen leichter den Tod des Vaters als den Verlust des Erbteils.

*Niccolò Machiavelli (1469–1527): Der Fürst
Aus dem Italienischen von Friedrich von
Oppeln-Bronikowski. Insel-Verlag, 1990.*

Besser, gefürchtet zu sein?

Am 4. Oktober 2010, einem Montag, räumte um 5 Uhr morgens eine Hundertschaft der Polizei das Zeltlager im Stuttgarter Schlossgarten. Die wenigen Parkschützer, die die Nacht über ausgeharrt hatten, waren so überrascht, dass es bei dem Einsatz nur vereinzelt zu Rangeleien kam. Als der Parkschützeralarm abgesetzt werden konnte, war der Bereich, in dem das Grundwassermanagement errichtet werden sollte, bereits gesichert.

So ähnlich hätte der Einsatz am 30. September 2010 ablaufen können. Doch so war es nie geplant gewesen, ganz im Gegenteil: Die dauerdemonstrierenden rentnerrentner sollten die ganze Macht des Staates zu spüren bekommen und dadurch endgültig zur Raison gebracht werden; es sollte weh tun, es sollte deprimieren und desillusionieren. Aber die Machtdemonstration lief aus dem Ruder: Führungslose und überforderte Polizeikräfte ohne genauen Auftrag agierten wie entfesselte Kampfhunde; gepanzerte und bewaffnete Polizisten prügeln auf Menschen ein, die friedlich Widerstand leisteten; gesichtslose Robocops sprühten wahllos Pfefferspray direkt in die Augen der Umstehenden; und die Besatzung des Wasserwerfers erhöhte den Druck auf Maximum und amüsierte sich über jeden Weggespritzten – ein Egoshooter als Reality-Format.

An diesem Tag im September, dem schwarzen Donnerstag, herrschte im Stuttgarter Schlossgarten nackte, gesetzlose Gewalt – verübt von anonymen Staatsdienern, gedeckt von skrupellosen Politikern, die sich zur selben Zeit im Bierzelt auf dem Stuttgarter Wasen zu prosteten, und bis heute unterstützt von einer willfährigen Staatsanwaltschaft. Die unheilige Dreieinigkeit der Staatsgewalten hatte damit in Stuttgart einem bis dato unbekanntem Zustand der Rechtlosigkeit den Weg geebnet.

Sicher hat die Erfahrung des 30.09. viele von uns in den Grundfesten ihres bisherigen Denkens erschüttert: Begriffe wie Freund und Feind, Recht und Unrecht, Grundrechte oder Willkür mussten danach neu justiert werden. Und selbstverständlich warten wir seit jenem Tag auf die politische und strafrechtliche Aufarbeitung der Ereignisse an diesem Schwarzen Donnerstag – der CDU-geführte Untersuchungsausschuss war hier nicht mehr als eine Farce. Und während wir auf eine Entschuldigung der damals oder heute

politisch Verantwortlichen warten, schwinden mit jedem weiteren ungenutzten Tag der Glaube und das Vertrauen in unseren Rechtsstaat ein wenig mehr.

Wort halten?

Bis zu jenem Schwarzen Donnerstag war die Bürgerbewegung eins mit den Grünen gewesen – der Partei, die den Widerstand mit getragen hatte. Damals passte kein Blatt Papier zwischen uns und Winne und Winne. Doch mit dem 30.09.2010 wurde alles anders, denn etwas bis dahin Undenkbare war plötzlich in greifbare Nähe gerückt: ein Machtwechsel in Baden-Württemberg. Oder, wie Oliver Welke es in seiner Satiresendung »heute-show« so treffend formulierte: »Was soll man da



Foto: Petra Weiberg

**»... daß nämlich die Menschen gern ihren Herrn wechseln, in der Hoffnung, einen besseren zu bekommen, und in diesem Glauben zu den Waffen gegen den Herrscher greifen; darin aber täuschen sie sich ...«
(Niccolò Machiavelli: Der Fürst)**

sagen, liebe CDU in Baden-Württemberg: Herzlichen Glückwunsch zur verlorenen Wahl im nächsten März.«

Mit dem Machtwechsel zu Grün-Rot im März 2011 traf diese Prophezeiung tatsächlich ein. Doch wieder einmal bewahrheitete sich bei Stuttgart 21 die bittere Erfahrung so vieler Menschen, die in Bürgerbewegungen Widerstand leisteten und leisten – sei es in den 1970er-Jahren beim Protest gegen den Bau von Atomkraftwerken, sei in den 1980ern gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens oder sei es beim Widerstand zu allen Zeiten gegen Neonazis und die unwürdige Behandlung von Armen und Asylsuchenden: Es ist ein Fehler, dabei auf die Politik zu vertrauen.

Es war und ist ein Trugschluss zu glauben, dass Politiker den von Bürgern begonnenen Widerstand ab einem bestimmten Punkt weiter und zum Erfolg führen. Denn politische Parteien sind in erster Linie am Machterwerb und am Machterhalt interessiert. Die Ziele, die sie für sich

reklamieren und in der Art von Werbestrategen »besetzen« und für die sie von uns – vom Souverän! – ins Amt gewählt und mit Macht ausgestattet werden, sind ihnen nur Mittel zum Zweck. Parteiprogramme und Wahlversprechen werden wortreich und mit Bedauern geopfert, sobald dies im größeren Kontext des Machterhalts opportun erscheint.

Selbst für Veränderung sorgen!

Daher dürfen wir nicht nachlassen! Wenn wir wollen, dass sich wirklich etwas ändert, weil wir erkannt haben, dass etwas falsch läuft in unserer Gesellschaft, weil wir erkannt haben, dass etwas falsch läuft in einem Staat, der mit Gewalt gegen friedliche Bürger vorgeht, dann müssen wir uns selber darum kümmern. Kein Politiker wird uns dies abnehmen, wir müssen es selbst tun.

Diese Erkenntnis muss allerdings jeder und jede für sich ganz allein machen; sie lässt sich nur sehr schwer und unzureichend mitteilen oder anderen vermitteln, denn sie ist eng an persönliche und direkte Erfahrungen geknüpft. Wenn also aus ganz persönlicher Erkenntnis unser Entschluss gereift ist, dass sich etwas ändern muss, so ist der einzige Weg, sich selber für diese Änderung einzusetzen – und auch dann damit weiterzumachen, wenn die Politik auf den Zug aufspringt! Wir dürfen uns weder irre machen, noch »befrieden« lassen – unsere Argumente nicht wegschlichten

lassen. Wir dürfen bequemen Hoffnungen auf den einen, der alles richten wird – den weißen Prinzen, den einen Politiker, den neuen OB – nicht nachgeben. Wir müssen in der Sache entschieden und kompromisslos bleiben (oder lernen, entschiedener und kompromissloser zu werden als bisher).

Im selben Maße, in dem wir die Konsequenz aus unserer Erkenntnis ziehen und weitermachen, wachsen unsere Ungeduld und unser Zorn, unser Hunger nach Wiedergutmachung und nach Gerechtigkeit: auf den Montagsdemonstrationen, bei Blockaden, bei Aktionen, im Ringen um die besseren Argumente, im Kampf um unser Mineralwasser, um unsere Bäume, um unsere Häuser, um unsere Stadt, um unser Land, um unsere Grundrechte und unsere Zukunft – und um einen Bahnhof, mit dem alles begann.

Solidarität und ein langer Atem sind die Chancen der vermeintlich Schwächeren. Wir werden sie nutzen. 🍀